

Haushaltsrede UWG 2014

Auch die UWG bedankt sich bei unserer Kämmerin Frau Gietz, die zusammen mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auch in diesem Jahr wieder ein Zahlenwerk erstellt hat, dem in den Haushaltsberatungen keine Fehler nachzuweisen waren.

Die UWG stimmt dem Haushaltsentwurf 2014 zu. Wir sind der Meinung, dass mit dem vorliegenden Haushalt die erforderlichen Maßnahmen ergriffen werden, um Meckenheim voranzubringen und die bereits angestoßenen Projekte fortzuführen. Der Haushaltsplan 2014 enthält neben den durch Gesetze und Verträge zementierten Ausgaben Investitionen, die mittel- und langfristig der Bevölkerung und der Wirtschaft zugutekommen.

Wie die Beratungen im Finanzausschuss zeigten, hatte keine Partei oder Wählergemeinschaft weitreichende Vorschläge zur Veränderung der Planung. Lediglich durch die Streichung einiger geplanter Parkplätze konnten 20 000 € eingespart werden, von denen 10 000 direkt wieder für einen „dringend“ benötigten Grillplatz eingestellt wurden. Wie schwierig zur Zeit die Planung für die Verwaltung ist, zeigt sich schon darin, dass während der Beratungen 220 000 € in Sachen erhöhte Asylbewerberzahlen und Brandschutzauflagen nachgereicht werden mussten. Es ist also nicht nur die viel besprochene Abundanzumlage sondern es sind die vielen von Land und Bund an die Städte weitergereichten Auflagen, die eine eigenständige Planung unmöglich machen.

So kann es ernsthaft niemanden überraschen, dass der Haushaltsplan 2014 ein Defizit von mehr als 5 Mio. € aufweist. Da dieser Fehlbetrag aus der fiktiven Allgemeinen Rücklage zu decken ist, und diese Rücklage um mehr als 5% verringert wird, droht bei Wiederholung im nächsten Jahr die Haushaltssicherung. Um dies zu vermeiden, müssten wir in diesem Jahr deutliche Einschnitte bei den sogenannten Freiwilligen Leistungen beschließen oder aber Gebühren und Steuern auf das Niveau anheben, das in unserer Nachbarschaft üblich ist. Konkrete Vorschläge in dieser Richtung werden unsere Bürger mit Sicherheit auch nach dem Kommunalwahlkampf nicht zu hören bekommen. Ein kleiner Nachtrag zu meiner Haushaltsrede soll dazu beitragen zu ergründen, warum das so ist.

Im Vorbericht des Haushalts unserer Stadt liest man z.B. „Alle Sparanstrengungen enden dort, wo Bund und Land den Kommunen weitere zusätzliche Aufgaben überantworten, ohne die ausreichende Finanzierung sicherzustellen.“

Richtig aber muss es heißen: Alle Sparanstrengungen enden dort wo man die Verschuldung auf eine andere Ebene verschiebt. Wofür die Stadt sich nicht verschuldet, dafür verschuldet sich das Land usw. Letztendlich geht es immer um Steuergelder. Um in diesem System bestehen zu können ist es zwingend nötig Schulden zu machen. Das klassische Beispiel für diesen Mechanismus ist die Abundanzumlage - eine Schuldenumverteilung und keine Entschuldung.

Solange es also absolut egal zu sein scheint, wie hoch ein Staat verschuldet ist, solange ist es schwierig dem Bürger zu vermitteln, dass er auf etwas verzichten oder Eigeninitiative entwickeln soll.

Um nicht als Spielverderber zu gelten, bleibt nur das allseits beliebte Motto:

„Weiter so!“